Nr. 141a. 37. Jahrgang. **Parlaments-Ausgabe** Berlin, 18. März 1908

Berliner Tageblatt

Haus der Abgeordneten.

55. Sitzung vom 17. März.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Dritte Lesung des Etats.

Landwirtschaftsminister **v. Arnim** (fortfahrend):

Aus dem Westfonds sind reichliche Mittel zum Bau von Wasserleitungen geflossen. Ueber eine einheitliche Regelung des Winterschulwesens in Westfalen sollen Verhandlungen mit der Landwirtschaftskammer beginnen. In der Frage der Ablösungsgelder ist eine Aenderung vielleicht schon im Verwaltungswege möglich.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird mit den Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen angenommen. Der Eventualantrag v. Arnim wird fast einstimmig angenommen.

Abg. **v. Bieberstein** (kons.)

begründet seinen Antrag betreffend die Gründung einer Ansiedelungsbank für Ostpreußen. Der Antrag fordert in drei Raten, vom 1. April 1909 beginnend, 4 Millionen Mark als zinsfreien Staatsbeitrag zu dieser Bank aus dem Zweimillionenfonds, der vom Etatsjahr 1906 ab entsprechend zu erhöhen ist. Voraussetzung ist, daß Provinz, Kreise und Generallandschaft den gleichen Betrag hergeben. Der Redner weist darauf hin, daß, nachdem die Regierung der Entschuldungsvorlage zugestimmt habe, die Konsequenz davon, die Zustimmung zur Begründung der Ansiedelungsbank sein müsse. Die ostpreußische Landgesellschaft sei ein unpopuläres Institut und genieße nicht das Vertrauen der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Hier ist unbedingte Eile not; jede Minute ist kostbar. Die Wege für eine uneigennützige Tätigkeit einer Landgesellschaft sind in Ostpreußen geebnet. Versagt jetzt die Staatsregierung, so trägt sie allein die Verantwortung, daß die innere Kolonisation in Ostpreußen nicht schnell genug Fortschritte macht. Gelingt der Versuch in Ostpreußen, so werden die anderen Provinzen davon bald auch Nutzen haben. Unser Antrag fordert eine staatserhaltende und arbeiterfreundliche Politik. Ich bitte, ihn anzunehmen. (Beifall rechts.)

Landwirtschaftsminister **v. Arnim**:

Es ist ein Verdienst der bestehenden Landgesellschaften in Ostpreußen, daß sie das allgemeine Interesse für die innere Kolonisation in der Provinz geweckt haben. Entschieden muß ich aber bestreiten, daß die Staatsregierung ihrerseits es an der nötigen Initiative, an dem nötigen Interesse für die innere Kolonisation hat fehlen lassen. Seit 1905 hat ja die Staatsregierung zwei Millionen jährlich für die östlichen Provinzen bereitgestellt. Wenn die Landgesellschaften bei der Kolonisation viel Ersprießliches geleistet haben, so bestehen doch auch mancherlei Mängel. Sie haben wohl die Bauernkolonisation gepflegt, sind aber auf dem Gebiete der Arbeiterkolonisation zurückgeblieben. Meiner Ansicht nach bedarf es lokaler Organisationen, die ein erhebliches Maß von Selbständigkeit haben müssen. Dann können die verschiedenen Anregungen aus den einzelnen Organisationen ausgenutzt werden. Diese müssen dann der Zentralgenossenschaft angegliedert werden. Der Umstand allein, daß die Ziele des Antrages eminent gemeinnützig sind, kann uns nicht veranlassen, die bisherigen Gesellschaften nicht weiter zu fördern. Es kommt hinzu, daß gegenwärtig die Landschaften gerade zur Teilnahme an weitschauenden Aufgaben herangezogen werden. Kommen dann noch andere Aufgaben hinzu, so werden ihre Kräfte überanstrengt. Es ist kein Grund, eine bestehende Gesellschaft aufzulösen, nur weil sich eine neue gegründet hat. In der Budgetkommission wird ja der Antrag näher geprüft werden. Ob es aber richtig ist, mit staatlichen Mitteln ein Konkurrenzinstitut zu gründen, erscheint mir doch sehr fraglich. Dagegen ist es richtig, daß das alte Institut verbesserungsbedürftig ist. Es empfiehlt sich ein Ausbau nach dem pommerschen Muster. Nach Ablauf des jetzigen Vertrages, der bis 1912 läuft, wird ein Ausbau der Selbstverwaltung zu erwägen sein. Es ist aber nicht richtig, daß das bestehende Institut ein Erwerbsinstitut und kein gemeinnütziges ist. Der Erwerb ist durch das Statut beschränkt. Im übrigen werden wir nach Möglichkeit der Provinz Ostpreußen entgegenkommen. (Beifall.)

Abg. **v. Dewitz**-Oldenburg (freik.)

weist ebenfalls darauf hin, daß in Ostpreußen bereits ein derartiges Institut bestehe, zu welchem der Staat eine jährliche Zubuße leiste. Der Landgesellschaft sei bestätigt worden, daß sie billig kaufe und vorzüglich arbeite. Der Vorwurf, daß sie planlos vorgehe, sei nicht begründet. Wenn nun für ein zweites Institut ein neuer Fonds verlangt würde, so wäre das eine doppelte Dotation. Wir begrüßen es, daß die ostpreußische Landwirtschaft dazu übergeht, Arbeiter anzusiedeln.

Abg. **Graw** (Ztr.):

Den Wert der inneren Kolonisation erkennen wir an, die Ausführung dieser Maßregel darf aber nicht nach politischen Gesichtspunkten erfolgen.

Abg. **Gyhling** (freis. Vp.)

äußert Bedenken gegen den Antrag v. Bieberstein und fragt den Minister, ob die juristischen Einwände, die gegen die ostpreußische Entschuldungsvorlage geltend gemacht sind, beseitigt seien.

Die Landschaften haben bei der Kolonisation weitgehende Aufgaben. Man muß zweifeln, ob die ostpreußische Landschaft alle diese Aufgaben erfüllen kann. Auch schon im Hause ist die Tätigkeit der ostpreußischen Landgesellschaft günstig beurteilt worden. Weshalb soll man sie da plötzlich aufgeben? Hat der Antrag etwa auch den Zweck, den Großgrundbesitz in Ostpreußen zu erhalten, so könnten wir diese Tendenz nicht billigen. Wir begrüßen diese Bereitwilligkeit des Ministers für die innere Kolonisation im Osten weitere Mittel flüssig zu machen. Erfreulich ist die Tatsache, daß der Antrag eine Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter vermindert. An unserer Mitarbeit in der Kommission soll es nicht fehlen.

Abg. **Glatzel** (natl.):

Das Haus ist über den Antrag genügend unterrichtet. Ich billige die Tendenz des Antrages, ohne mich auf seine Einzelheiten festzulegen. Eine großzügige Initiative auf dem Gebiete der inneren Kolonisation haben wir bei der Regierung bisher vermißt. Großzügig war die vorjährige Rede des Ministers. Aber dem Wort folgte nicht die Tat.

Abg. Freiherr **v. Gamp** (freik.)

begrüßt die Ankündigung erhöhter Aufwendung für die innere Kolonisation im Osten. Beide Gesellschaften können nebeneinander wirken. Die staatliche Aufsicht kann dafür sorgen, daß sie sich nicht gegenseitig Konkurrenz machen. Die Arbeiterfrage in Ostpreußen ist brennend. Jede Gesellschaft, die Arbeiter nach bestimmten Normativbestimmungen ansiedelt, sollte eine Prämie erhalten.

Landwirtschaftsminister **v. Arnim**:

Die juristischen Bedenken gegen die Entschuldungsvorlage sind beseitigt. Die Bestätigung wird in allernächster Zeit erfolgen.

Die Besprechung schließt. Der Antrag geht an die Budgetkommission.

Abg. **v. Schmeling** (kons.)

begründet den Antrag v. Bockelberg (kons.), nach welchem der Etatstitel „Beihilfen zu den bei den Rentengutsbildungen vorkommenden Folgeeinrichtungskosten und Entschädigungen für die bei der Rentengutsbeaufsichtigung mitwirkenden Vertrauensmänner folgende Fassung erhalten soll: „Beihilfen zur Beförderung der Einrichtung von Rentengütern, insbesondere zu den bei den Rentengutsbildungen vorkommenden Folgeeinrichtungskosten sowie zu Entschädigungen für die bei der Rentengutsbeaufsichtigung mitwirkenden Vertrauensmänner."

Abg. **Glatzel** (natl.)

erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu dem Antrag.

Nachdem

Minister **v. Arnim**

erklärt, daß die Regierung gegen den Antrag nichts einzuwenden habe,

wird er angenommen.

Damit ist der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung erledigt.

Auf Antrag des Abg. v. Arnim-Züsedom (kons.) wird dann statt des vorgesehenen Domänenetats der Etat des Ministeriums des Inneren besprochen.

Abg. **v. Arnim**-Züsedom (kons.):

Die Leitung der sozialdemokratischen Partei hat bereits vor zweieinhalb Wochen ein Programm dafür aufgestellt, wie

am 18. März eine Demonstration

von statten gehen solle. Das Programm ist nicht nur für Berlin und Umgegend, sondern auch für andere Städte aufgestellt, so für Hannover. Es sind Straßendemonstrationen geplant durch Transparente, Ausflüge usw., wofür ganz genaue Instruktionen erteilt sind. Es sollen namentlich große Versammlungen abgehalten werden, wogegen ja weniger zu sagen wäre. Aber bei Straßenumzügen muß man doch befürchten im Anschluß an frühere Vorkommnisse, daß die öffentliche Ruhe und Sicherheit durch solche Demonstrationen in erheblichem Maße leidet. Ich meine, daß es richtig ist, wenn vom Ministerium des Inneren Vorsorge getroffen wird, daß die öffentliche Ruhe und Sicherheit nicht gestört wird. (Lebhafter Beifall rechts.) Ich richte die Frage an den Minister, ob ihm diese Absicht bekannt ist, und ob er seine Organe angewiesen hat, mit Entschiedenheit und Nachdruck solchen Demonstrationen entgegenzutreten. Ich bin der Meinung, daß das alte Wort noch immer gilt: si vis pacem, para bellum! (Lebhafter Beifall rechts.)

Minister des Innern **v. Moltke**:

Es ist uns wohl bekannt, daß die Sozialdemokratie die Absicht hat, zur Wiederkehr des 18. März in diesem Jahre Demonstrationen, Versammlungen und ähnliches zu veranstalten. Sollte sie dazu schreiten, wiederum die Straße zum Schauplatz von Demonstrationen zu machen, die unerlaubt beziehungsweise in einzelnen Fällen nicht genehmigt worden sind, so

wird die Polizei auf ihrem Platz sein

und die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung mit allem Nachdruck durchzusetzen wissen. (Lebhafter Beifall rechts.) Ich möchte aber, wenn der unerwünschte Fall eintreten sollte, an die ruhigen Mitbürger die Mahnung richten, daß sie sich nicht hinreißen lassen, als Mitläufer der Demonstranten mitzuwirken. (Sehr richtig!) Wenn die Gesinnungsgenossen der Sozialdemokratie bei solchen Anlässen sich Unbequemlichkeiten aussetzen wollen und nachher den Schaden davon haben, so können sie sich bei der Parteileitung dafür bedanken. Wenn aber Neugierige und Mitläufer in Mitleidenschaft gezogen werden, was sich nicht immer vermeiden läßt, dann haben sie es sich selber zuzuschreiben. (Beifall rechts.)

Abg. **Reinhard** (Ztr.)

bittet den Minister, die Regierungspräsidenten anzuweisen, daß sie nicht zu weitgehende Forderungen an die Sparkassen bezüglich der Bemessung des Reservefonds stellen.

Abg. Freiherr **v. Zedlitz** (freik.):

Wir lehnen es ab, auf die für morgen geplanten Straßendemonstrationen einzugehen, um nicht für diese Unternehmung unnötige Reklame zu machen.

Abg. **v. Bülow**-Homburg (natl.)

begrüßt den Bau der besonderen Automobilrennbahn, die den südlichen Abhang des Taunus mit seinen landschaftlichen Schönheiten unberührt lasse.

Abg. **Wolff**-Lissa (fr. Vg.)

schildert den Fall eines trotz seiner Geisteskrankheit von der Regierung bestätigten Bürgermeisters, der die Stadt Ammoneburg finanziell schwer geschädigt habe. Erst spät hat der Landrat festgestellt, daß die Stadtkasse nicht stimmte. Auch der Kämmerer war nicht in einer Verfassung, daß er den Anforderungen seines Amtes entsprechen könnte. Das Oberverwaltungsgericht hat schließlich das Urteil gegen jenen Bürgermeister aufgehoben.

Präsident **v. Kröcher**

äußert Bedenken, ob angesichts dieser Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts diese Angriffe gegen die beiden Beamten erhoben werden dürften.

Abg. **Wolff**-Lissa (fortfahrend):

Mir lag fern, Angriffe gegen diese Beamte zu erheben. Ich will nur mitteilen, daß vor der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts die Stadt einen anderen Bürgermeister bekam, so daß sie nunmehr, genau genommen, zwei besaß. (Heiterkeit.) So etwas sollte doch nicht vorkommen.

Das Haus vertagt die Beratung auf Mittwoch 11 Uhr.

Schluß 4¼ Uhr.

Deutscher Reichstag.

124. Sitzung vom 17. März.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Der Kolonialetat.

Staatssekretär **Dernburg**:

Aus dem Vortrage des Referenten haben Sie gesehen, welche Fälle von Gesichtspunkten die Budgetkommission beschäftigt hat. In nicht weniger als 16 Sitzungen sind alle diese Punkte behandelt worden. Die drei Etats, Togo, Kamerun, Ostafrika haben nicht weniger als drei Wochen in Anspruch genommen. Ich werde es mir deshalb auch hier versagen, auf alle Einzelheiten einzugehen. Es würde sonst kaum möglich sein, einen Ueberblick zu bekommen. Dagegen bin ich gern bereit, bei jeder einzelnen Position und bei jedem Kapitel dem Hause Rede und Antwort zu stehen, wie ich es bereits in der Kommission getan habe.

Wenn der Kolonialetat auch diesmal wieder einen so außerordentlichen Umfang angenommen hat, so ist das ein erfreuliches Zeichen dafür, daß das Interesse der deutschen Nation für sämtliche Fragen des kolonialen Lebens dauernd sich in steigender Richtung bewegt und selbst auch Kreise auf der äußersten Linken des Hauses zu ergreifen beginnt, die sich bisher vollständig ablehnend verhalten haben. Ich habe im vorigen Jahre eine umfängliche Reise nach Ostafrika gemacht, und die Beobachtungen, die ich dort gemacht habe, haben zu einigen programmatischen Erklärungen geführt, die für die Politik von einer gewissen Bedeutung sind. Meine Darlegungen in der Kommission waren damals so umfänglich, daß ich sie ausführlich nicht wiederholen will. Aber ich halte es für wichtig, ohne auf die Geschichte und einzelne Motive näher einzugehen, hier noch einmal festzustellen,

was denn eigentlich diese Politik bedeutet.

Ich will zunächst kurz erwähnen, daß ich von vielen Seiten zu diesen programmatischen Darlegungen eine außerordentlich große Zahl von Zustimmungen erhalten habe. Ich bin darüber umsomehr erfreut, als die Aufgabe der Kolonialregierung, für diese Frage die Nation zu gewinnen, und die Aufgabe der Beamten dort draußen, deutsches Wesen und deutsches Empfinden bei Schwarzen näher zu bringen, so außerordentlich schwierig ist, daß jede materielle und moralische Unterstützung auf das dankbarste begrüßt werden muß. (Beifall.) Jene programmatischen Sätze waren die folgenden:

Angestrebt wird eine deutsche Regierung, welche sich das Vertrauen aller in den Kolonien vertretenen Stände, Berufsarten und Rassen zu erwerben hat, die sich den großen Aufgaben vorwiegend wirtschaftlicher Natur, welche die Entwickelung der Kolonien mit sich bringt, gewachsen zeigt, die sich auch das Ansehen bewahrt, daß ihren Anordnungen unweigerlich Folge geleistet wird, und die die Kraft hat, sich durchzusetzen. Daraus folgt, daß **es eine Regierung sein muß der Gerechtigkeit und des Wohlwollens gegen Weiße und Farbige**, getragen von Personen, die die notwendige wirtschaftliche Vorbildung besitzen und sich die notwendige Kenntnis des Landes und der Leute und der wirtschaftlichen Zustände angeeignet haben, und eine ruhige und sparsame Verwaltungspraxis durchführen, und die von der Größe und Wichtigkeit der Aufgaben überzeugt sind, die darin liegen, große und ertragsreiche Länder materiell zu entwickeln und ihre Bewohner auf dem Wege der materiellen Hebung ihres Wohlstandes und ihrer körperlichen Wohlfahrt einer höheren Entwickelung zuzuführen. Das alles ohne Hast und ohne Eifer, langsam, aber zielbewußt in der Erkenntnis, daß eine Kolonisation größeren Stils nicht in einer Generation, nicht in mehreren zu Ende geführt werden kann. (Zustimmung). Ich kann es den Beamten der Zentralverwaltung, als auch denjenigen, die ich in den Kolonien gesehen habe, besonders auch den Offizieren der Schutztruppe, die im Verwaltungskörper der Kolonie ein wichtiges erzieherisches Glied bilden, bestätigen, daß der Geist, in dem sie ihre Aufgabe erfüllen, den gestellten Anforderungen entspricht, und daß die Liebe und Hinneigung in schwierigen Lagen den höchsten Anforderungen gewachsen ist. (Beifall.)

Die Beamten und Offiziere, welche zu einem längeren Heimatsurlaub zurückkehren, sollen Gelegenheit erhalten, ihre wissenschaftliche Vorbildung theoretisch und praktisch möglichst zu ergänzen, damit sie auch künftig die Sprache der Eingeborenen besser als bisher beherrschen. Und ferner soll auch eine größere Stabilität und eine längere Dauer ihres Aufenthaltes und ihrer Amtszeit herbeigeführt werden, weil hierdurch die Kenntnis von Land und Leuten größer wird. Ferner muß angestrebt werden, daß die neu hinausgeschickten Beamten unter der Leitung erfahrener Beamten in die Verwaltung eingeführt werden. Auch eine anderweitige Besserung der kolonialen Karriere wird vorgesehen werden müssen, eine solche, die sich gebildeten Leuten jeder Vorbildung eröffnet mit gleichen Chancen und der Möglichkeit der Erreichung auch der höchsten Posten. Dadurch soll die

Schaffung eines wirklichen kolonialen Beamtenstandes

in die Wege geleitet werden, der der Aufgabe sein ganzes Leben widmet und demgegenüber die Heimat ihrerseits ihre Pflicht tut.

Besonders in der Kolonie, in der Deutsche in größerer Anzahl sich bereits niedergelassen haben und wo viel deutsches Blut geflossen ist, ist das eine Hauptaufgabe, aber auch in den anderen Kolonien, wo es heute noch nicht feststeht, ob Deutsche in größerer Anzahl ohne Schaden für ihre Gesundheit sich ansiedeln können, muß der Gesichtspunkt, daß die deutsche Herrschaft auf dem Ansehen der weißen Rasse beruht, beobachtet werden. Diese Frage nötigt zur Aufrechterhaltung einer Rassenjustiz und zu Schritten, die das Ansehen der weißen Rasse aufrecht zu erhalten geeignet sind. Ich kann von Ihnen wesentlich unterstützt werden durch die Ausmerzung solcher Elemente, welche dieses Ansehen gegenüber den Eingeborenen durch Brutalität und Ungerechtigkeit auszurotten suchen. Sollen die Kolonien ihre wirtschaftlichen Aufgaben erfüllen, die Heimat mit Rohstoffen zu versehen, dann muß die Regierung auch dafür sorgen, daß die notwendigen Hilfsmittel geschafft werden, deren die Kolonie dazu bedarf. Diese nur in den Grenzen, welche die Moralmittel des Deutschen Reiches erlauben und welche nicht die unveräußerlichen Rechte der Eingeborenen unterdrücken oder ihre körperliche Wohlfahrt und wirtschaftliche Entfaltung auf dem Boden einer Selbstbestimmung unterbinden. Dahin gehört vor allem eine Regelung der Arbeiterfrage, die Unterstützung des Handels und in Ostafrika auch die Erhaltung des Indevelements in begrenztem Umfange. Vor allem aber gehört dazu die Eröffnung von Verkehrswegen welche die Kräfte freimachen zu einer wirtschaftlichen Betätigung und der Wissenschaft und Technik reiche Arbeit zuführen.

Die Einschränkung, die ich gemacht habe, hat zu einem

Konflikt mit den Pflanzern und Ansiedlern in Ostafrika

geführt, der auch in einer Petition zum Ausdruck gekommen ist. Gleichviel wie sich das Hohe Haus gegenüber dieser Petition stellen möge, das mögen die deutschen Pflanzer in Ostafrika versichert sein, ihr Wohl liegt der Kolonialverwaltung mindestens ebenso sehr am Herzen als das der Beamten, der Offiziere, Missionare, Kaufleute, Farmer usw. Der freie Entschluß der Regierung, den Pflanzern in der Arbeiterfrage soweit wie möglich zu helfen, bedeutet eine großen Fortschritt. Die Regierung muß über allen Parteien stehen. Sie muß sie mit gleicher Fürsorge und Gerechtigkeit behandeln, sie wird sich auch durch Angriffe von ihren Aufgaben nicht abhalten lassen. Sie erkennt in der Petition den Ausdruck berechtigter Interessen an, denen aber andere berechtigte Interessen gegenüberstehen, die sie zu einem Ausgleich bringen muß. Diesen Ausgleich betrachtet sie als ihre Aufgabe, und sie glaubt diese Aufgabe auch ohne Verletzung anderer Interessen lösen zu können. Wir erkennen den wichtigen Faktor der Pflanzer in unseren Kolonien an. Wir sind deshalb bereit, den Farmern zu einer Verständigung wohlwollend und loyal die Hand zu bieten. (Beifall.) Mögen sie sie ergreifen und mit uns an der großen nationalen Aufgabe mitarbeiten zum Wohle des Reiches. (Lebhafter Beifall.)